

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 23. Mai 2013

Antrags-Nr. 13-F-33-0018

Hochschule RheinMain zur Stadt hin öffnen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktion von CDU und SPD vom 13.03.2013 -

Mit 10.000 Studierenden und 200 Professoren in 14 Fachbereichen ist die Hochschule RheinMain die zahlenmäßig größte und zugleich traditionsreichste akademische Bildungseinrichtung in Wiesbaden. Derzeit unterhält die Hochschule in Wiesbaden vier Standorte: neben dem Campus am Kurt-Schumacher-Ring die Dependancen Unter den Eichen, Rheinstraße und in der Bleichstraße. In den nächsten drei Jahren werden voraussichtlich 3.600 weitere Studierende aufzunehmen sein. Langfristig beabsichtigt die Hochschule, den Standort am Kurt-Schumacher-Ring zu einem zentralen Hochschulcampus auszubauen. Entsprechende Vorüberlegungen einer hochschulinternen Arbeitsgruppe aus den Fachbereichen Architektur, Städtebau und Verkehrsplanung sind öffentlich vorgestellt worden. Dabei kommt dem Einbezug des Grundstückes der August-Hermann-Francke-Schule, die im Zuge des Aufbaus der Modellregion Inklusion bis 2019 auslaufen wird, zentrale Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die Umsetzbarkeit des von der Hochschule RheinMain präferierten Erweiterungskonzepts in Richtung Hollerbornstraße zu prüfen und die Hochschule bei der weiteren Konkretisierung ihres Projektes zu unterstützen.
2. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu klären:
 - >> Ausschluss von Kollisionen mit dem Auslaufen der Francke-Schule
 - >> Bedarf der Hochschule an dem für den beschlossenen Turnhallen-Neubau (Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013) vorgesehenen Teilgrundstück
 - >> Verkehrliche Anbindung des Campus (ÖPNV, Radverkehr, Stellplätze)
 - >> Bedarf an Wohnheimplätzen
3. Sollte für die Entwicklung des Hochschul-Campus das bisher für den Turnhallen-Ersatzbau vorgesehene Teilgrundstück benötigt werden, wird beschlossen:
 - 3.1 Der Magistrat wird gebeten, einen Alternativstandort für die zu errichtende Sporthalle zu benennen. Sollte bis zur Sommerpause kein Alternativstandort gefunden sein, ist die Sporthalle auf dem Grundstück der August-Hermann-Francke-Schule zu errichten.
 - 3.2 Die mit Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013 bereitgestellten Finanzmittel werden für den Sporthallenbau am Alternativstandort verwendet.
 - 3.3 Durch den Abbruch des bereits in Umsetzung befindlichen Projekts ‚Ersatzneubau der Turnhalle August-Hermann-Francke-Schule‘ anfallende Mehrkosten sowie dauerhaft anfallende Folgekosten einer Alternativlösung sind dem Budget des Schuldezernats zuzusetzen.
4. Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der AG Flächenentwicklung Standorte für weitere Wohnheime für Studierende zu benennen und sich mit der Hochschule Rhein-Main wegen der Form der Realisierung ins Benehmen zu setzen.

5. Der Magistrat wird gebeten, die Hochschule bei der Umsetzung ihres Radverkehrsprojektes „Wi-Bike“ (Vernetzung der drei Hochschul-Standorte in der Stadt, Bike-Sharing) gemäß Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.03.2013 zu unterstützen.

Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 23.05.2013 zu Punkt 4 der heutigen Sitzung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ~~warum die Hochschule RheinMain bis zum heutigen Tage keinerlei Rückmeldung auf ihre Anfrage bezüglich eines möglichen Ankaufes des Grundstücks der August-Hermann-Francke-Schule erhalten hat und wie der Magistrat beabsichtigt mit diesem Kaufangebot der Hochschule umzugehen?~~
2. wie der Stand der Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung „Starke Stadt für starke Studies I, II, III“ aus 2009, Beschlussnummern 0639, 0002 und 0488 ist?

II. Der Magistrat wird gebeten:

1. ~~die Umsetzbarkeit des von der Hochschule RheinMain präferierten Erweiterungskonzepts in Richtung Hollerbornstraße zu prüfen und die Hochschule bei der weiteren Konkretisierung ihres Projektes zu unterstützen. Die notwendigen Randbedingungen (verkehrliche Anbindung, Bedarf an Wohnheimplätzen, etc.) sind zu klären.~~
2. ~~zeitnah weitere mögliche Standorte für zusätzliche Wohnheime für Studierende zu benennen und sich mit der Hochschule RheinMain wegen der Form der Realisierung ins Benehmen zu setzen.~~
3. ~~die Hochschule RheinMain bei der Umsetzung ihres Radverkehrsprojektes „Wi-Bike“ zu unterstützen.~~
4. Gespräche mit dem Land Hessen und der Hochschule RheinMain aufzunehmen, um Möglichkeiten einer Vorfinanzierung für erste Bauabschnitte des Campus durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (für das Land) ähnlich dem Hessischen Kommunalinteressenmodell (KIM) zu prüfen, um so eine schnellere Realisierung des neuen Campus der Hochschule RheinMain zu erreichen.
5. ~~die Anlage zu § 3 der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden Nummern 8.4 und 1.7 dahingehend zu ändern, dass analog der Stellplatzsatzung der Stadt Frankfurt der Schlüssel zur Herstellung von Stellplätzen für Hochschulen und Fachhochschulen auf 1 Stellplatz je 10 Studierende und für Studierendenwohnheime auf 1 Stellplatz je 5 Betten festgesetzt wird. Der Magistrat wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen umzusetzen.~~

Beschluss Nr. 0231

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 13.03.2013 betr.

Hochschule RheinMain zur Stadt hin öffnen

wird unter Übernahme von Teilen des Antrages von Bündnis90/Die Grünen vom 23.05.2013 wie folgt angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die Umsetzbarkeit des von der Hochschule RheinMain präferierten Erweiterungskonzepts in Richtung Hollerbornstraße zu prüfen und die Hochschule bei der weiteren Konkretisierung ihres Projektes zu unterstützen.
2. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu klären:
 - >> Ausschluss von Kollisionen mit dem Auslaufen der Francke-Schule
 - >> Bedarf der Hochschule an dem für den beschlossenen Turnhallen-Neubau (Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013) vorgesehenen Teilgrundstück
 - >> Verkehrliche Anbindung des Campus (ÖPNV, Radverkehr, Stellplätze)
 - >> Bedarf an Wohnheimplätzen
3. Sollte für die Entwicklung des Hochschul-Campus das bisher für den Turnhallen-Ersatzbau vorgesehene Teilgrundstück benötigt werden, wird beschlossen:
 - 3.1 Der Magistrat wird gebeten, einen Alternativstandort für die zu errichtende Sporthalle zu benennen. Sollte **nach der** Sommerpause kein Alternativstandort gefunden sein, ist die Sporthalle auf dem Grundstück der August-Hermann-Francke-Schule zu errichten.
 - 3.2 Die mit Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013 bereitgestellten Finanzmittel werden für den Sporthallenbau am Alternativstandort verwendet.
 - 3.3 Durch den Abbruch des bereits in Umsetzung befindlichen Projekts ‚Ersatzneubau der Turnhalle August-Hermann-Francke-Schule‘ anfallende Mehrkosten sowie dauerhaft anfallende Folgekosten einer Alternativlösung sind dem Budget des Schuldezernats zuzusetzen.
4. Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der AG Flächenentwicklung Standorte für weitere Wohnheime für Studierende zu benennen und sich mit der Hochschule Rhein-Main wegen der Form der Realisierung ins Benehmen zu setzen.
5. Der Magistrat wird gebeten, die Hochschule bei der Umsetzung ihres Radverkehrsprojektes „Wi-Bike“ (Vernetzung der drei Hochschul-Standorte in der Stadt, Bike-Sharing) gemäß Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.03.2013 zu unterstützen.
6. Der Magistrat wird des Weiteren gebeten, Gespräche mit dem Land Hessen und der Hochschule RheinMain aufzunehmen, um Möglichkeiten einer Vorfinanzierung für erste Bauabschnitte des Campus durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (für das Land) ähnlich dem Hessischen Kommunalinteressenmodell (KIM) zu prüfen, um so eine schnellere Realisierung des neuen Campus der Hochschule RheinMain zu erreichen (ehemals II 4. des Antrages von Bündnis90/Die Grünen).
7. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zu berichten, wie der Stand der Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung „Starke Stadt für starke Studies I, II, III“ aus 2009, Beschlussnummern 0639, 0002 und 0488 ist?

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Planung, Bau und Verkehr mit der Bitte
um Kenntnisnahme zu Ziffer 7

Wiesbaden, .05.2013

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2013

1. Dezernat IV i. V. m. Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat I
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister